

SP - GV 2002

Rückblick und Ausblick aus persönlicher Sicht

Rückblick auf die vergangenen Grossratswahlen im Bezirk:

1993 mit 25.3% noch höchster Wähleranteil des Kantons. Im Jahre 1997 mit 24.7% immer noch achtbar. In dieser Wahlperiode kamen wir nur noch auf 20.9%. Dies ist ein Minus von 3.8%. Stammlande über 20% Wähleranteile: Möhlin 21.7%

- 9.2% / K'augst 25.6% - 8.3% / O'mumpf 23.5% - 6.9%! Olsberg 23.0% - 5% / Rheinfelden 26.9% - 1.5% sie ist die einzige Gemeinde mit SP-Mehrheit / Magden 24.90% - 0.7%

Auswirkungen im Grossen Rat

Die Mehrheitsverhältnisse sind so krass, (SVP/FDP) dass selbst mit einem (was sowieso immer seltener möglich war) Zusammenspannen mit der CVP eine Mehrheit in weiter Ferne liegt. Das arbeiten im Parlament ist nicht nur mühsam geworden, nein, es ist sogar so frustrierend, dass man sich fragen muss, was tun wir von der SP eigentlich noch dort. Am allerschlimmsten zeigt sich dies in der Kommissionsarbeit wo früher noch ab und zu ein Erfolg durch die Zusammensetzung der Parteien möglich war. Früher; 4 SP, 4 SVP, 3 FDP, 3 CVP, 1 FP, 1 Grüne, 1 EVP / heute; 2 SP, 5 SVP, 3 FDP, 2 CVP und 1 Grüne. Die Hausmacht der SVP ist nicht nur im Ratsbetrieb gut organisiert, da pinkelt keiner bei einer Abstimmung, nein sie spricht und handelt auch mit EINER Stimme. Beispiel; Bei Wahlgeschäften, obwohl im ungeschriebenen Proporz so vorgesehen, werden „unsere“ Kandidaten und Kandidatinnen in Kommissionen schlecht und in kantonale Institutionen gar nicht gewählt. Die Macht der Grösse zeigt sich auch daran, wie der Gruppendruck vorab bei der SVP nach innen wirkt. Durch ihre Grösse finden sie keine Zeit, auf jedes Geschäft in ihrer Fraktion im Detail einzugehen, dafür haben sie vorberatende Fachkommissionen (wobei ich bezüglich Fachkompetenz ein ? setze).

Bei der Beratung zur NK 495 berichtete mir ein Mitglied der SVP, dass die Fachkommission Bau – und Verkehr mein Postulat einstimmig gut geheissen habe. Bei der Beratung im Rat war dann jedoch alles anders. In der Fraktionssitzung kippte die Meinung auf Druck der Sparapostel. Die sogenannte Fachkommission konnte sich also nicht durchsetzen, änderte

sodann ihre Meinung und die SVP stimmte dann auch praktisch geschlossen gegen den sofortigen Bau dieser Strasse. Auch musste ich hinter vorgehaltener Hand erfahren, dass dieser Vorstoss eben auch aus der „falschen“ Ecke gekommen sei. Wenn ich das Legislaturprogramm der SVP lese, sträuben sich mir die Nackenhaare. hier nur einige wenige Auszüge, welche einen Eindruck geben, in welche Richtung der Kanton Aargau nun nach dem Willen der SVP und gestützt und mitgetragen durch die FDP geht. *Senkung der Staatsquote /Nachhaltige Verringerung der Staatsausgaben / Mit Ausgabenüberprüfung heutige Staatsaufgaben reduzieren / Reduktion des Personalbestandes /Ausgeglichener Staatshaushalt durch Ausgabenbremse / Vermehrte Durchsetzung der Eigenverantwortung als Grundsatz durch Reduktion der Staatstätigkeit /Beschränkung der sozialen Absicherung auf Alter, Krankheit, Unfall und existenzbedrohende Notlagen /Gegen zusätzliche Zweckentfremdung von Verkehrsabgaben und gegen überbordende Besteuerung der Mobilität /Ausbau der A1 auf 6 Spuren/Keine Nachteile für deutschsprachige Kinder in Klassen mit hohem Ausländeranteil /Kein Ausländerstimmrecht / Erleichterte Einbürgerung nur für wirklich integrierte Personen der zweiten und dritten Ausländergeneration /Auflagenstopp in der Landwirtschaft / Keine weiteren Einschränkungen in der Landwirtschaftszone / Verhältnismässige Natur- und Umweltschutzmassnahmen /Keine Bagatellisierung von Drogendelikten / Konsequente Bekämpfung des Asylmissbrauchs / und so weiter und so fort. Einige dieser Ziele und Absichten sind bereits vorgespurt durch entsprechende Vorstösse. Auch das Handeln dieser beiden Parteien liegt schnurgerade auf dem oben erwähnten Kurs.*

Was gibt es zu ändern resp. Zu tun: (ein paar persönliche Gedanken dazu, wobei was ich für den Bund meine, natürlich auch für den Kanton seine Gültigkeit hat und somit auch in ihrer Auswirkung, die Gemeinden und Kommunen betreffen.)

Zuerst muss die Basisarbeit stark verbessert werden. (Ein Punkt, in welchem ich Ursula Koch recht gebe) Die Sekretariate müssen vermehrt professionelle Arbeit leisten (Basisbezogen) Wobei unser neu zusammengesetztes kantonales Sekretariat. hier bereits bessere Arbeit leistet, als dies früher unter alter Leitung, der Fall war. Von dieser neuen Quelle solltet ihr mehr profitieren können. Unsere Sprache muss wieder einfacher, dafür klarer und deutlicher werden, so, dass sie von allen verstanden und vor allem auch begriffen wird, denn... die Arbeiterschaft

und auch die SP-Wählerschaft haben sich in den letzten Jahren stark geändert. Unsere Mitglieder und WählerInnen kommen aus allen Berufsgruppen und Einkommensschichten. Arbeiterinnen und Angestellte, aber auch sozialdenkende UnternehmerInnen, Gewerbetreibende und auch Selbständige können sich mit unseren Werten wie Freiheit, Solidarität und ökologischer Verantwortung immer mehr identifizieren. Dieser Tatsache gilt es vermehrt Rechnung zu tragen.

Was heisst das für uns::

Dies bedingt unter Umständen eine Neuausrichtung auf fast allen Gebieten oder mindestens ein Neuüberdenken von alten Positionen:

Wir dürfen nicht mehr, wie in der Vergangenheit allzu leichtfertig nach dem Staat rufen und ihm immer mehr Aufgaben übertragen. Weil der Staat auch durch seine politische Zusammensetzung, durch den Einfluss von Banken und Wirtschaft, aber auch gebunden durch europäische- und globale Gesetze, Verträge, Abmachungen und Vorschriften, eine Eigendynamik entwickelt hat, welcher sich nicht immer an den Lösungen für die Allgemeinheit orientiert. Wir brauchen hingegen einen effizienten Staat, welcher aber auch die Steuerbelastungen der Kleinst und Kleinverdiener, sowie des unteren Mittelstandes in Grenzen hält. Es ist auch eine Steuerharmonisierung welche diesen Namen auch verdient) unter den Kantonen und Gemeinden dringendst anzustreben, damit der unsägliche Konkurrenzkampf um die sogenannte Standortgunst, wirtschaftlichen Vergünstigungen und Steueranreize wegfällt und die Spirale der damit entstehenden Ungerechtigkeiten, nicht weiter dreht und es gilt, immer wieder zu prüfen, welche Aufgaben der Staat in Zukunft übernehmen soll und wie diese möglichst effizient, sozial, gerecht und ausgewogen ausgeführt werden können. Das Zusammenspiel zwischen Markt und Staat gilt es dabei stets zu beobachten. Der Markt erbringt nicht jede Dienstleistung günstiger als der Staat, ebenso sorgt der Staat nicht in jedem Fall für gerechtere Lösungen.

Auch Sozialleistungen können nicht einfach bedenkenlos ausgeschüttet werden. Sozialhilfebedürftige, aus welchen Gründen auch immer, sollten dabei aber nicht als BittstellerInnen auftreten müssen, sondern als VersicherungsnehmerInnen mit all ihren Rechten aber auch, auch mit all'

deren Pflichten. Unsere Sozialpolitik muss auch Strukturen und Anreize schaffen, welche die individuelle Leistungsbereitschaft belohnen.

Die SP hat es auch verpasst, rechtzeitig auf die Einwanderungspolitik zu reagieren. Damit wurden Überfremdungsängste wachgerufen und durch den heute über 20% gen AusländerInnenanteil wurde die Integrationsfähigkeit stark strapaziert. Damit aber eine Integration überhaupt möglich wird muss die Zahl der Zuwanderungen von ausserhalb der EU-Staaten begrenzt werden. (Die beiden völkerrechtlich geregelten Zuwanderungsautomatismen Asylrecht und EU-Personalfreizügigkeit, stehen hier nicht zur Diskussion) Zudem sollten Gesuche, welche in EU-Staaten abgelehnt wurden, auch bei uns als abgelehnt gelten. Ich verstehe die gesellschaftliche Integration sowohl als Recht, wie auch als Pflicht. Es braucht meines Erachtens dabei einen Mindeststandard, auch, oder gerade für die Sprachbildung der zugewanderten AusländerInnen und zwar auch für die Nichterwerbstätigen. Es kann zudem nicht angehen, dass unqualifizierte Billig- Hilfskräfte für die Landwirtschaft und die Hotellerie aus Osteuropa (vorab Polen) oder aus dem asiatischen Raum rekrutiert werden und diese dann durch staatlich geschütztes Lohndumping noch unterstützt werden. Auch hier soll gelten, wer anstellt, zahlt einen Mindestlohn von 3000.- Fr.

In der Schul- und Bildungspolitik liegt bei uns, in der SP, das wohl grösste Potential von Fachleuten. Aber auch hier besteht die Gefahr, dass wir ob unserem Einsatz für Fachhochschulen, Gymnasien, Höhere Tech. Anstalten etc. den Blick für die „Alltagsbildung“ und deren Problematik z.B. an einer Realschule verlieren. Die Löhne der Lehrerschaft sind sicher ein Thema, genauso wichtig erscheint mir aber das gesamte schulische Umfeld für Lehrerschaft **UND** SchülerInnen. Nicht nur der Lehrerschaft sollte unser Augenmerk gehören sondern genauso auch den auszubildenden Schülerinnen und deren Eltern.

Im Gesundheitswesen legten wir unseren Schwerpunkt bisher fast ausschliesslich auf die Finanzierung. Über Qualität und Wirksamkeit von medizinischer Versorgung wurde zu wenig geredet. Über Vor- und Nachteile von Behandlungen und über Anreize für einen vernünftigen Gebrauch von Versicherungsleistungen wurde ebenso zu wenig diskutiert. Es werden oft auch zu schnell Leistungen verschrieben und das Angebot

wird laufend ausgebaut, was zu einem vermehrten Konsum anregt und die Kosten weiter explodieren lässt.

Auch der Konsumentenschutz ist keine Stärke der SP. Wir sind zu staatsgläubig und zu marktskeptisch geworden. Dass aber, immer vorausgesetzt dass sie sozial, ökologisch und nachhaltig sind, Ausgaben für Haushalte, sei es in Form von Tarifen, Preise oder Prämien auch Familienbudgets entlasten oder eben be-lasten können, wurde bisher zuwenig wahrgenommen. Unverständlich für mich ist In diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass wir als SP damals die sog. Denner Initiative für günstigere Arzneimittelpreise nicht unterstützt haben.

Diese Liste von Sach- resp. Alltagsthemen liesse sich weiterführen über AHV, EU, UNO, Service Public, die Armee etc. etc. Überall gilt es gangbare Wege aufzuzeigen und nicht einfach ja zu sagen, wenn die SVP nein sagt oder umgekehrt. Die Zeit läuft, die Globalisierung auch, beides lässt sich nicht aufhalten. Wir müssen auf gleicher Höhe folgen, Schritt halten und zeitgemässe Rahmenbedingungen schaffen und Sicherungen einbauen wo nötig und uns für gerechte Lösungen einsetzen. Die Politik muss wieder über dein Marktgeschehen stehen. Der Spruch von Gorbatschow hat schon seine Richtigkeit: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. (Und verliert damit eben auch Wahlen.)

Möglichkeiten für diesen Weg:

Bereits heute sind über 2/3 der SP- Wählerschaft der Mittelschicht zuzuordnen. (wovon nur noch etwas weniger als 10% der SP WählerInnen in einer Gewerkschaft sind) Wir müssen künftig das Zentrum von links her besetzen. Nicht einen „dritten Weg" oder eine „neue Mitte" alla Blair oder Schröder suchen - Nein. Mittelschichtstrategie verstehe ich so, dass wir diese Mittelschicht mit sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Themen aber auch mit einem moralischen und ethischen Anspruch für unsere Sache gewinnen sollten, ja müssen. Wir müssen darum wieder einen eigenständigen Kurs fahren, zielorientiert und aus dieser erstarkten Position heraus auch nur noch dann und punktuell, mit Gewerkschaften, ArbeitnehmerInnenorganisationen und Umweltverbänden etc. Allianzen schliessen, wo sich deren Ziele vollumfänglich mit unseren Vorstellungen decken. Wir können und dürfen nicht weiterhin Initiativen und Referenden unterstützen, welche sogar in unseren eigenen Reihen bestritten sind und

schon im Vorfeld der Abstimmung keinen Hauch einer Chance haben. Damit setzen wir uns nur als Verliererpartei in Szene. Hingegen kämpfen wir mit aller Kraft und setzen alle unsere Mittel ein, hier gemeinsam mit der Gewerkschaft, für die Kampagne, kein Lohn unter 3'000.-Fr. für eine Vollzeitstelle". Aber in Abgrenzung zu den Gewerkschaften müssen wir in der Wettbewerbspolitik eine klarere und deutlich konsumentenfreundlichere Position markieren. Auch müssen wir auf kantonaler und auch regionale Ebene nieder deutlich machen und aufzeigen, welche Auswirkungen die verfehlte Politik der bürgerlichen Parteien, vorab der SVP, der Schweizerischen Verhinderungs Partei und der FDP der Freunde des Profits, hat. Auch dürfen wir nicht mehr jeden Kompromiss eingehen und wir müssen lernen, zu gewissen Dingen auch nein zu sagen, dies dann auch zu erklären, warum wir nicht mehr bereit sind alles und jedes einfach mitzutragen, nur weil wir hinter einigen wenigen Punkten stehen könnten. Nur an einer klaren und abgrenzender Linie, zielorientiert und auf den Grundwerten der Sozialdemokratie aufgebauten Strategie, sollten wir uns künftig präsentieren und uns messen lassen.

Was wären künftige SP Projekte welche auch Erfolg hätten:

(unvollständig)

- Wie gesagt, die Initiative kein Lohn unter 3'000.-
- Eine Initiative für eine materielle Steuerharmonisierung (R.Strahm)
- Gerechte Besteuerung des Kapitals
Langfristige finanzielle Sicherung der AHV (Mit der aktiven Unterstützung der KOSA- Initiative von Ruedi Rechsteiner.
Abschaffen der unsozialen Kopfprämien bei der Krankenversicherung und gleichzeitiges Bekenntnis zur Kostensenkung bei Arzneimitteln (Arzttarifen)
Berufliche Nachholbildung
- Gegen Familienarmut (Kinderzulagen, Familienprämien) Schutz und Marktaufsicht heim Elektrizitätsmarkt
- Integrationsprogramme für AusländerInnen
Strategie Post (flächendeckendes Grundangebot)
- Programme zur Luft- und Lärmbekämpfung
- Technologieförderung für erneuerbare Energie
Gegen Steuerflucht und Geldwäscherei
- Eingrenzung der dominanten Finanzmärkte
Genschutz (vorab bei Nahrungsmitteln

Raumplanung (Bodenschutz und Umweltschutz)

- Etc. etc.

Vor allem aber sind Anlässe, wie der Heutige, wichtig für unseren Zusammenhalt, für Gemeinsamkeit und für einen guten Gedankenaustausch. Politik soll auch wieder Freude machen, Geselligkeit und Spass müssen bei uns genauso Platz haben wie die Auseinandersetzung mit politischen Sachthemen. In diesem Sinn, möchte ich mich bei Euch bedanken für das Zuhören und Euch alle aufmuntern, zu neuen politischen Taten, denn gemeinsam sind wir stark und das Herz schlägt immer noch links.

Roland Agustoni
Grossrat
Magden